

Im Trüben fischen!

Die „Russlanddeutschen Konservativen“ zwischen Vereinsmeierei, der NPD und der russischen „Pamjat“

Vorbemerkung:

In diversen Medienberichten im Vorfeld und in Aufrufen gegen den sogenannten „Friedensmarsch“ am 9. Mai 2009 in Friedland ging es um die Vereinszusammensetzung, dessen Ziele und nicht zuletzt auch um die Protagonisten der „Deutsch-Russischen Friedensbewegung Europäischen Geistes e.V.“ und der „Russlanddeutschen Konservativen“. Unser Überblick im Recherche-Teil thematisiert bestimmte in den Verein involvierte Personen der NPD und der Neonaziszene, soll aber nicht daran festhalten. In erster Linie wollen wir Euch daher Informationen über die Verbindungen des Vereins und der dazugehörigen Außenstelle der NPD zur Neonaziszene in Russland geben.

First of all – Das Who is Who

Eine „Friedensbewegung“ zur Förderung von freundschaftlichen Beziehungen mag sich für die meisten Menschen im ersten Atemzug erstmal positiv anhöhen. Jedoch lassen sich beim genaueren Hinschauen schnell eindeutige Verknüpfungen zur extremen Rechten in Thüringen und Südniedersachsen feststellen. Die „Friedensbewegung“ ist somit als lapidarer Versuch, neofaschistische Positionen salonfähig machen zu wollen, enttarnt.

Die Inhalte der Organisation lassen sich im Internetportal „Volksdeutsche Stimme“ nachlesen, für das Andrej Tiller verantwortlich zeichnet, der Vorsitzende des im Februar 2008 gegründeten „Arbeitskreis der Russlanddeutschen in der NPD“ ist. Dieser Teil hat mittlerweile ca. 30-40 Mitglieder mit Wachstumspotential. Die Gründung hat vor allem auch wahltaktische Gründe: Fast 2,5 Millionen AussiedlerInnen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion leben in der Bundesrepublik Deutschland.

Bilder einer Vereinsfeier im südthüringischen Hildburghausen im März 2007 zeigen die Neonazis Jürgen Rieger und Manfred Röder hinter einem Rednerpult mit der Aufschrift „Deutschland muss leben“, für die musikalische Untermauerung sorgten Trommler der mittlerweile wegen Volksverhetzung verbotenen rechtsextremen „Heimatreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) und der Nazi-Barde Frank Rennicke. Bei so guten Beziehungen zu der Partei wundert es nicht, wenn auch die „Deutsch-Russische Friedensbewegung Europäischen Geistes“ zu den Veranstaltern des sogenannten „Friedensmarsches“ gehört.

Das stellt auch ein Blick in das Vereinsregister der Stadt Arnstadt (Thüringen) schnell klar. Der dort ansässige Verein wurde im August 2006 gegründet. Im Register taucht dann ein weitläufig bekannter Name auf: Thorsten Heise. Er bekleidet das Amt des Vereinsvorstandes.



Kein Frieden mit Deutschland und seinen Nazis!

Kein Nazi-Aufmarsch am 9. Mai in Friedland

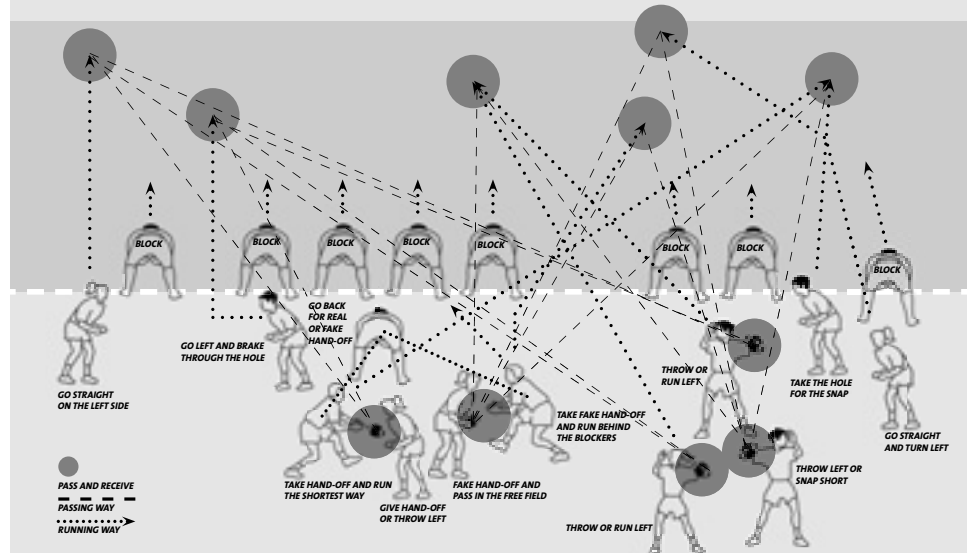
Tell me what you want what you really really want

Dass Friedland als geschichtlich aufgeladener Ort nicht zufällig von den Nazis ausgewählt wurde, verwundert wenig. In ihren Augen ist das Durchgangslager ein Symbol für die Spätaussiedler, die „vertriebenen“ Deutschen und die aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrenden (Wehrmacht-)Soldaten. Da die NPD mit den Russlanddeutschen auf eine neue Wählerschicht hofft, ist die Demonstration am und um das Auffanglager auch als ein Zugeständnis an diese Klientel zu verstehen. Dass das Lager auf Anordnung der britischen Militärregierung errichtet wurde, scheinen sie bewusst zu ignorieren. Diese Information wäre auch

(und russischen) Interessen, die durch die Politik der USA und der NATO nicht wirklich vertreten werden. Die Forderungen nach einem Austritt Deutschlands aus der Nato wären mit Sicherheit nicht so laut, wenn die Kanzlerin dort mehr bestimmen könnte. Es geht ihnen somit nicht darum, gegen Krieg im Allgemeinen zu demonstrieren, sondern gegen Krieg, der deutschen (und russischen) Interessen entgegensteht. Die NATO wird von ihnen in bester anti-amerikanischer Tradition als bloßes Instrument us-amerikanischer Machtinteressen gesehen. Ihr Weltbild, das deutlich völkisch geprägt ist, zeigt die USA als zentrale Macht, die schalte und walte, wie sie will und die die BRD wie eine Marionette steuere.

RED ZONE OFFENSE

Play #45: „Friedland“



zu schwierig in die „Friedensforderungen“ aufzunehmen, die der Verein der konservativen Russlanddeutschen stellt. Die Paradoxie an diesem Ort zu marschieren, der auf Bestreben der Briten errichtet wurde, um die aus dem Osten kommenden Soldaten, Flüchtlinge, etc. aufzufangen und zu versorgen – und ausgerechnet dort den Abzug der ehemaligen Alliierten zu fordern, liegt offen auf der Hand. Der sofortige Austritt Deutschlands aus der Nato erscheint dann nur noch unfreiwillig komisch, da die Bedeutung der Nato für die deutsche Wiederbewaffnung und den Aufbau der Bundeswehr enorm waren. Entweder sind diese Punkte den Autoren unbekannt oder, was wahrscheinlicher ist, auf Grund der Aushöhlung der eigenen „Argumentation“ müssen sie verschwiegen werden.

Wenn Nazis sich heute gegen Krieg aussprechen, sollten wir deutlich sagen, dass sie keine Forderungen aufstellen, die als pazifistisch verstanden werden könnten. Es geht ihnen nicht darum, eine Welt zu erschaffen, in der alle ohne Angst leben können, sondern um die deutschen

Hierbei wird übersehen, dass Deutschland auf der internationalen Bühne schon längst wieder eine politische Kraft darstellt, die sehr wohl auch ihre eigenen Interessen „am Hindukusch“ vertritt.

Die mittlerweile für alles verwendbare Lösung „nicht trotz sondern wegen Auschwitz“ gibt den Deutschen die Möglichkeit, mit eigenen Truppen mittendrin zu sein, statt – wie es vor einigen Jahren noch der Fall war – nur materielle und finanzielle Unterstützungen zu leisten.

9. Mai – es ist nicht vorbei

Nicht nur der Ort, sondern auch der Tag sind bei diesem Event von Bedeutung. Der 8. Mai gilt seit etwa Mitte der 80er Jahre in der BRD allgemein als Tag der Befreiung und nicht mehr als Tag der Niederlage, wie es noch die Nachkriegsgeneration verstand. Diese Anerkennung der Geschichte ermöglicht es, positiven Bezug auf diese zu nehmen und politischen Nutzen daraus zu schlagen. Bei Nazis und Rechtskonservativen wird der Tag hingegen als Niederlage wahrgenommen, was er für diese auch

war: Die militärische Zerschlagung Nazideutschlands beendete die Träume auch derer, die sich heute noch auf den „nationalen Sozialismus“ beziehen.

Die Niederlage wurde von den Deutschen als „Stunde Null“ verstanden und, von diesem Punkt ausgehend, sollte ein Deutschland ohne Altlasten entstehen, in dem man vor allem „nach vorn“ zu blicken wünschte. Die geschichtlichen Diskurse machten dies recht bald deutlich. Nach eigener Aussage war die Mehrheit der Deutschen entweder in der Zeit des NS verfolgt, hatte sich in die „innere Emigration“ zurückgezogen oder hatte sich, so gut es ging, aus den von den Nazis verübten Verbrechen herausgehalten – beziehungsweise gar nichts davon wusste: „Wir wussten doch nichts!“ war angesichts der Grauen die sich in Auschwitz, Treblinka und an unzähligen anderen Orten ereignet hatten, eine gute Ausrede für die Nachkriegsgesellschaft. Schließlich ging es nicht nur darum, sich nach außen von Schuld frei zu sprechen, sondern auch darum, es sich selbst glaubhaft zu vermitteln, um wieder „ohne Schuld“ leben zu können.

Deutschland war in Folge der militärischen Niederlage besetzt und in Zonen geteilt worden, was einen Übergang zu einem gemeinsamen deutschen Staat und einem „gesunden“ Nationalgefühl entscheidend im Wege stand. Die Alliierten galten deshalb bei den Deutschen oftmals weniger als Befreier denn als Besatzungsmacht, die verhinderte, dass es wirtschaftlich und sozial wieder und weiter „aufwärts gehen“ konnte.

Die 68er waren es dann, die die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit forderten und dank derer die jüngere deutsche Geschichte und der Holocaust in den Mittelpunkt gesellschaftlichen Interesses und geschichtlicher Diskurse rückten. Brandts Kniefall 1970 in Warschau blieb zwar nicht ohne Kritik, leitete aber dennoch eine Liberalisierung ein, mit der auch in Hinblick auf die deutsche Geschichtspolitik gearbeitet werden konnte: Deutschland ist bereit zur Versöhnung, war die klare Botschaft.

Dies machte Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 in einer Rede noch deutlicher, indem er den 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung“ bezeichnete. Deutlich machte er auch, wer von wem befreit wurde: „Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“ In dieser Deutung der Geschichte nimmt die faktische militärische Befreiung Deutschlands durch die Alliierten eine andere Funktion ein: Die Ereignisse werden externalisiert und die „Deutschen“ haben daran nur Anteil als Opfer von Krieg und Faschismus, ihre handelnde Rolle wird ausgeblendet.

Dagegen versuchen Nazis aller couleur an diesem Tag, ein „völkisch-antiimperialistisches“ Zeichen zu setzen. Es ist wenig verwunderlich, dass sie einen möglichst symbolträchtigen Tag besetzen wollen, um die realen Verluste zu thematisieren und die individuelle Erfahrung der Vertreibung in ein kollektives Schicksal umzudeuten, dass ohne historischen Bezug auskommt und somit nur Grausamkeit übrig lässt.

Die Vertreibungen der deutschen Bevölkerungsteile lassen sich aber nur in Zusammenhang mit dem von Deutschland ausgehenden Zweiten Weltkrieg und den damit verbundenen Annexionen und Verbrechen im Osten Europas verstehen.

Für uns bleibt festzuhalten, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Beendigung der Barbarei war und somit der Dank an diesem Tag den Alliierten gebührt, die den NS mit militärischen Mitteln besiegt haben. Jegliche revisionistische Verunglimpfung der Alliierten an diesem speziellen Tag muss aus antifaschistischer Perspektive scharf kritisiert und praktisch angegangen werden.

This land is your land this land is my land - Heimatmelodien

Im Zuge der NS-Expansionspolitik und des damit einhergehenden Vernichtungskrieges siedelten zigtausend Deutsche in die „arisierten“ Gebiete, vor allem nach Osteuropa (Polen, Tschechien, Slowenien etc.). Nach der militärischen Zerschlagung des deutschen Faschismus mussten diese Gebiete an die zuvor militärisch okkupierten Länder zurückgegeben werden und die vermeintliche „Vertreibung volksdeutscher Gruppen“ begann. Aus nachvollziehbaren politischen und gesellschaftlichen Gründen wollte vor allem die Sowjetunion keine deutsche Einflussnahme in ihrem Einflussbereich mehr zulassen. Dass man den deutschen Bevölkerungsanteilen, die an der Vorbereitung und Durchführung des Angriffskrieges beteiligt waren, nicht vertraute, erscheint wenig verwunderlich. Die Verbotspolitik gegenüber der Einfluss-

nahme durch Verbände und Organisationen deutscher Prägung folgte einer stringenten politischen Logik und ist auf keinen Fall mit den Verbrechen der Nationalsozialisten zu vergleichen.

Heutzutage geraten die so genannten Vertriebenenverbände und exemplarisch Erika Steinbach, die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) immer wieder mal in die Schlagzeilen bürgerlicher Presse, weil sie das demokratisch gewünschte Fingerspitzengefühl z.B. gegenüber Polen vermissen lässt. Die politische Rückenbedeckung erhalten die Vertriebenenverbände durch den konservativen Flügel der CDU/CSU und ihren Unterorganisationen. Wie sich anhand der Diskussion über die Errichtung des Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin feststellen lässt, wird die Vertreibung der Deutschen unter andere Vertreibungen subsumiert und somit letztendlich in einem Atemzug mit dem Holocaust genannt. Hierbei wird die Spezifik der deutschen Barbarei in eine „europäische Katastrophe“ umdefiniert und ihre Verbrechen relativiert.

Babuschka und Knödel – Verein der Russlanddeutschen Konservativen (RDK)

Um den seltsamen Verein der „Russlanddeutschen Konservativen“ zu verstehen, sollte man sich um mehr als 20 Jahre in der Zeit zurückversetzen lassen und den Kopf gehörig gegen die Wand hauen. Denn was die RDK für ihre „Forderungen“ als Begründung präsentieren, ist ein völkischer Nationalismus, der so nicht einmal öffentlich von der NPD vertreten wird.

Ohne diese Ideologie wären die „Russlanddeutschen Konservativen“ vollkommen irrelevant, aber so gibt es genug Möglichkeiten, sich seines Deutschtums zu versichern: irgendwann einmal deutsche Vorfahren gehabt oder auf deutschem Boden gelebt zu haben, ist in dieser Ideologie Grundlage dafür, „Deutscher“ zu sein. Diese Denkweise ist es, die Anknüpfungspunkte zur Bevölkerung schaffen soll und teilweise zu anderen kruden Gruppierungen auch schon schafft, wie zum Beispiel zum schon erwähnten Bund der Vertriebenen.

Außerdem ist diese Ideologieform relevant, weil das *ius sanguinis* (Blutsrecht/Abstammungsprinzip) in der Bundesrepublik bis zum Jahr 2000 alleinige rechtliche Grundlage zur Festlegung der Staatsbürgerschaft war und festlegte, wer Deutscher ist: Menschen, die deutsches Blut haben. Diese Vorstellung erscheint sonderbar und altmodisch, allerdings wurde das Gesetz erst spät in Folge von Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftsdebatten in Teilen um das *ius soli* (Geburtsrecht) ergänzt. Dieser völkische Nationalismus, auf den sich die RDK berufen ist also keine lediglich randständige Erscheinung, sondern elementarer Bestandteil ehemals geltendes Rechtes, mit dem noch heute Menschen sympathisieren, um sich selbst als Herrschaftsmaterial zu überhöhen.

Guter Nationalismus? Schlechter Nationalismus? Gar keiner!

Auch wenn BürgerInnen gegen Nazis auf die Straße gehen, folgen viele von ihnen dennoch einer ähnlichen Logik wie jene, von denen sie sich mit Bratwurst in der Hand abgrenzen wollen.

Die Feststellung, dass „guter Nationalismus“ gegen „schlechten Nationalismus“ ausgespielt werden könnte, verweist auf den wirkungsmächtigen ideologischen Charakter, den das Nationale birgt. Wenn Nationalisten den noch krasseren Nationalisten den Finger zeigen, stellt sich die Frage, wer Arsch und wer Loch ist. Fakt ist, dass sich beide in der heutigen Welt gegenseitig bedingen. Denn nur, wo im Denken ein nationaler Bezugsrahmen und damit Schranken im Denken bestehen, kann man das eigene organisierte Interesse als ein für das Zwangskollektiv der Nation allgemeingültiges ausdrücken und politisch umsetzen. Auch wenn Nazis in vielen Gegenden als die unmittelbare Bedrohung der körperlichen Unversehrtheit anzusehen sind, ist die alltägliche gewaltförmige Exekution des bürgerlichen demokratischen Allgemeinwillens eine quantitativ und qualitativ höhere Gefahr für viele Menschen. Besonders für Personen, die keinen Status als (Staats)BürgerIn und damit keine Anspruchsberechtigung haben, wie zum Beispiel MigrantInnen ohne oder mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus, zeigt sich der nationale Bezugsrahmen als unmittelbare und strukturelle Gewalt und existenzielle Bedrohung. Wenn sich die Parteien hinstellen und ihrem bürgerlichen Antifaschismus freien Lauf lassen, zeigt sich, dass Antifaschismus nicht als per se emanzipatorisches Politikfeld zu verstehen ist. Die Losung von Franz Josef Strauß „rechts neben der CSU ist nur noch die Wand“ wird heutzutage umdefiniert in



Tagsüber im „Biedermann-Stil“ im Bundesvorstand der NPD sitzend, lässt sich zu anderer Zeit schon mal feststellen, dass Heise eine lange Karriere in gewaltbereiten und halblegalen Nazi-Strukturen hat. Der mehrfach vorbestrafte Neonazi geriet zuletzt in die Schlagzeilen, weil bei einer Hausdurchsuchung seines Anwesens in Fretterode (Thüringen) Schusswaffen gefunden wurden. Heise ist als Bindeglied zwischen gewaltbereiten sogenannten „freien Kameradschaften“ (er selbst gründete die „Kameradschaft Northeim“) und der vermeintlich gesetzeskonformen NPD in deren Bundesvorstand gewählt worden.



Der Anmelder des inzwischen durch den Landkreis Göttingen verbotenen „Friedensmarsches“ ist der Vorsitzende des „Freundeskreises der Russlanddeutschen Konservativen“ Viktor Kasper, der den Wahlkampf der NPD schon in der Vergangenheit unterstützte und eng mit dem kürzlich gegründeten „Arbeitskreis der Russlanddeutschen“ in der NPD zusammen arbeitet. Kasper war 2003 Landesvorsitzender der Rechtskonservativen Schill-Partei.



Neben Heise sitzt auch Patrick Wieschke im Vereinsvorstand. Er war bis 2002 stellvertretender Landesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten“ in Thüringen und ist seit März 2006 stellvertretender Kreisvorsitzender der NPD im Wartburgkreis. Am 10. August 2000 war Wieschke an einem Sprengstoffanschlag auf einen türkischen Imbiss in Eisenach beteiligt.



Auf den Vereinsfeierlichkeiten ließ sich desweiteren ein weiterer bundesweiter Neonazi blicken: Jürgen Rieger ist stellvertretender Vorsitzender der NPD und tritt als Strafverteidiger für Nazis, Rassisten und Holocaust-

leugnern auf. Rieger gehört zu den aktivsten Nazis in der BRD und ist der Hauptorganisator des „Rudolf-Heß-Gedenkmarsches“ in Wunsiedel.

Der Versuch einer Zusammenarbeit

In Moskau fand im Juli 2007 auf Einladung der russischen Zeitschrift „Athenäum“ eine Konferenz zur „Zukunft der weißen Welt“ statt. Neben dem deutschen Rechtsextremisten Manfred Roeder, der bereits Anfang der 90er-Jahre mit seinem „Deutsch-Russischen Gemeinschaftswerk-Förderverein Nord-Ostpreußen“ ein „Regermanisierungsprogramm“ in der Kaliningrader Region verfolgte, nahmen auch Vorstandsmitglieder der „Kontinent Europa Stiftung“ sowie weitere international bekannte Rechtsextremisten teil. Es wurde u.a. über ein „Programm für eine Pan-Arische Weiße Wiedergeburt“ sowie eine europäisch-russische Allianz diskutiert.

Eine Kooperation zwischen NPD-Kadern und konservativ geprägten russlanddeutschen Neonazis, die also offenbar ausbaufähig zu sein scheint, wie auch die Jahrestagung der „Deutsch Russischen Friedensbewegung“ im Oktober 2008 zeigte. An dem „Symposium“ auf Heises Anwesen in Fretterode waren gleich mehrere Prominente zu Gast. Neben Johann Thießen und dem eben schon angesprochenen Jürgen Rieger reiste aus Moskau Dr. Alexander Kamkin als Auslandsreferent der antisemitisch geprägten National-Patriotischen Front Russlands „Pamjat“ an.

Die „National-Patriotische Front Pamjat“ (NPF) und die „Pamjatniks“

Die „Pamjat“ hat in Russland und besonders in Moskau seit Anfang der 90er Jahre immer mehr an Einfluss gewonnen und ist immer größer und populärer geworden. Durch immer häufigeres und vehement aggressives Auftreten auf Demonstrationen und durch Störungen von Veranstaltungen hat scheinbar auch die Moskauer Miliz zur Zeit kaum Handlungsmöglichkeiten.

So kam es beispielsweise am 19. Januar 1990 laut dem Bericht der „Komsomolskaja Prawda“ während einer Sitzung des Schriftstellerkollektivs „April“ im Zentralen Haus der Literatur in Moskau zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung, nachdem rechtsgerichtete Schläger die Veranstaltung stören wollten. Seit langem schon waren die Schriftsteller, die einen aktiven Beitrag für den Erfolg der Perestroika leisten wollen, den Nationalisten ein Dorn im Auge, zumal sie ein liberales Gedankengut vertraten, hinter dem die faschistischen „Pamjatniks“ lediglich einen Ausverkauf der national-russischen Werte witterten.



Nazis aus der russischen „Pamjat“ in Aktion

Konstantin Smirnow, im normalen Leben wohlhabender Verleger einer „Bau-Zeitschrift“ ist der Anführer dieser dreißigköpfigen Gruppe, allesamt Mitglieder der „Pamjat“-Bewegung. Smirnow brüllte ins Mikrophon: „Wir sind die Herren des Landes und ihr seid bloß Bastarde. Die Juden und Freimaurer haben mit den russischen Schriftstellern gar nichts gemein und sollten verschwinden.“ Er forderte, dass man die Personalien von den jüdischen Genossen aufnehmen solle und prognostizierte, dass keine Miliz, kein KGB und keine Partei ihnen helfen werde. Für das nächste Mal – so kündigte es Smirnow an – wolle man gleich mit Maschinengewehren kommen. Diese Anekdote hätte vielleicht zur allgemeinen Lächerlichkeit beigetragen, jedoch wurde es Ernst, als die Schläger dem bekannten Dichter und Chansonnier, Bulat Okudschawa, der die Randalierer zu fotografieren versuchte, die Arme auf den Rücken verdrehten und einem weiteren Kollege die Brille zertraten.

Ähnliche Vorfälle hatte es im Zusammenhang mit Mitgliedern der Pamjat-Bewegung bereits in der vorangegangenen Zeit gegeben, der vormals verbal-aggressiver Antisemitismus schlug allerdings jetzt in Gewalttaten um.

Aussagen wie „wir können nicht zulassen, dass die Nazis den Standort gefährden bzw. beschmutzen“. Aber nicht nur die Konservativen haben ein sehr spezielles Verhältnis zu Deutschland, sondern es lässt sich beobachten, dass der Wunsch und die Hoffnung, Teil eines kollektiven Großen zu sein, zunimmt und das nicht zuletzt, weil das Identifikationsangebot Marke Nation Deutschland besonders in Krisenzeiten Sicherheit vorgaukelt.

Unser Anliegen (nicht nur) an diesem Tag ist es somit nicht nur, den Nazis entschlossen entgegen zu treten, vielmehr fordern wir eine Auseinandersetzung mit dem Konzept der Nation und den Auswirkungen, die dieses für das Leben der Menschen hat. Denn auch, wenn die Debatten um nationale Identitäten und Zugehörigkeiten sich an vielen Stellen auf gemeinsame Eckpunkte beziehen, werden sie sich an anderen widersprechen. Die der NPD Nahestehenden und andere würden eine Welt propagieren in der zwar jeder seinen Platz hat, aber nicht jeder in Deutschland (Ethnopluralismus), wohingegen die Liberaleren eher von einem vagen multikulturellen Zusammenleben mit deutschem Pass träumen. Die Diskussionen über Nation und Zugehörigkeit bieten für Rechtskonservative und Nazis immer wieder Möglichkeiten, sich in Diskurse einzuklinken und gesellschaftliche Anknüpfungspunkte zu finden. Dies als Stammtischparolen abzutun oder durch einen Hinweis auf einen „geringen“ Einfluss der Rechten zu ignorieren ist fatal, da nicht anerkannt wird, dass solche Parolen auch quer durch die Gesellschaft auf ein offenes Ohr stoßen. Auch wenn wir zu der Einsicht kommen, dass Nazis ein Randphänomen sind und wenig Einfluss auf die Gesellschaft haben, ergibt sich daraus nicht, dass wir ihre Aufmärsche und anderen Aktivitäten einfach unbeachtet lassen können. Vielmehr erscheint es uns zwingend notwendig, dort wahrnehmbar zu sein wo Faschisten versuchen, ihre Ideologien zu verbreiten und mit unseren Argumenten eine Alternative zu bestehenden und propagierten Gesamtscheiße zu bieten.

Gib mir ein kleines bisschen Sicherheit

Im Bereich der Popkultur wird das Thema Deutschland und seine Vergangenheit immer mal wieder und teilweise auch deutlicher angesprochen, als man es noch vor zehn Jahren für möglich gehalten hätte.

Aktuell gibt beispielsweise Sammy Deluxe alles dafür, dass er und seine Fans mal wieder richtig stolz auf Deutschland sein können und liefert dazu eine Erklärung, wie sie sonst nur wenige öffentlich machen würden: „Und wir haben kein Nationalstolz und das alles bloß wegen Adolf – ja toll, schöne Scheiße, der Typ war doch eigentlich 'n Österreicher“. Aber Sammy, der vor ein paar Jahren an Brothers Keepers, einer Hip-Hop-Combo mit antirassistischer Prägung, die auf Grund des Mordes an Alberto Adriano einen Song veröffentlichte, beteiligt war, vorzuwerfen, er wäre ein Nazi, wäre nicht nur plump, sondern auch gefährlich. Vielmehr geht es darum zu analysieren, wie auch Populärmusiker, denen man es eigentlich nicht zugetraut hätte, einen Diskurs bedienen, der von Nationalisten und Rechten mit Freuden aufgegriffen wird. Mia machten es mit ihrem im Jahr 2004 veröffentlichten Song „Was es ist“ vor - und auch wenn sie sich von Nationalismus distanzieren und es ihnen wohl nicht gefiel, dass die deutsche Stimme (eine NPD nahe Wochenzeitung) das alles ganz duftend fand, lösten sie doch etwas aus. Fler mag es dann mit seinem ein Jahr

darauf veröffentlichten Song „Neue deutsche Welle“ noch ein bisschen deftiger und benutzt Symboliken, die nicht so einfach nur als Stilmittel eines Liedes oder Videos abgetan werden können. Weder er noch die Mehrzahl seiner Fans lassen sich dem rechtsradikalen Spektrum zuordnen, doch werden solche popkulturellen Erzeugnisse erst einmal ohne größeren Argwohn konsumiert und es lässt sich nicht sagen, was sie bei einzelnen Menschen auslösen können.

Der aktuelle Krisenschlager von Silbermond, „Irgendwas bleibt“ ist ein anderes Beispiel dafür, wie „KünstlerInnen“ nicht einfach nur ihre Ideen aus gesellschaftlichen Diskursen ziehen, sondern wie sie diese wechselseitig auch wieder bedienen. Popkultur und Mainstreammedien einfach nur als Radiogedudel und Bravokrams abzutun, ist deshalb die falsche Lösung.

I tell you what I want

Wie sich jedes Jahr eindrucksvoll in Dresden zeigt, verdreht eine gesellschaftliche Verschiebung hin zum Betrauern der deutschen Opfer Ursache und Wirkung und sagt nichts über die historischen Zusammenhänge aus, ohne die der Tag der Bombardierung Dresdens nicht hinreichend erklärt werden kann. Es geht nicht darum Leid zu negieren, es lässt sich allerdings auch nicht erklären, wenn man erst bei der Vertreibung der Deutschen beginnt.

Für uns als KommunistInnen ist es nach wie vor wichtig, uns mit gesellschaftlichen Diskursen zu beschäftigen und diese kritisch zu begleiten. Die Geschichte hat gezeigt, dass der bürgerliche Staat die Voraussetzung für nazistische Umtriebe ist und diese in seinen Krisenzeiten verstärkt auftauchen und für Gefahr sorgen können.

Somit ist es unabdingbar sich mit den gesellschaftlichen Verhältnissen auseinanderzusetzen und die Transformation dieser anzustreben. Um es mit einem sicherlich wohlbekannteren, aber deshalb nicht weniger treffenden Zitat von Theodor W. Adorno auszudrücken: „Bewältigt wäre die Vergangenheit erst dann wenn ihre Ursachen beseitigt sind.“

Wir fordern hier und jetzt das gute Leben für alle Menschen, frei von sexistischen, antisemitischen, rassistischen und allen anderen Ausgrenzungsmechanismen, die mit dem Kapitalismus stets einhergehen. Die Überwindung dieser Verhältnisse kann nur in der Verwirklichung des Kommunismus und mit der Abschaffung des Kapitalismus erreicht werden.

Deshalb heißt es für uns auch am 9. Mai: Völkische Ideologien angreifen und Nazis von der Straße fegen! Staat, Nation und Kapital waren, sind und bleiben Scheiße! Für den Kommunismus!

Antifaschistische Demonstration

9. Mai 2009 | 10 Uhr | Bahnhof Friedland

Gemeinsame Abfahrt zur Demo aus Göttingen mit dem Zug um 9.14h

Antifa-Infotelefon: 0174/5 13 93 36

Ermittlungsausschuss: 0551/770 8000

Sondersendung im StadtRadio am 9. Mai ab 10h auf 107,1 MHz

Aktuelle Informationen, Veranstaltungshinweise, Aufrufe, Links auf: www.redical.org



Kein Frieden mit Deutschland und seinen Nazis!

KEIN NAZI-AUFMARSCH IN FRIEDLAND!

Breitangelegter Extremismus ...

... statt Antifaschismus als gemeinsamer Nenner?

Am 9. Mai 2009 ist es wieder soweit: Tausende Polizisten werden versuchen eine kleine Nazi-Ansammlung gegen bürgerlichen und linksradikalen antifaschistischen Protest möglichst störungsfrei durchzusetzen. Ort des Geschehens ist dieses Mal Friedland im Landkreis Göttingen. Sicherlich werden sich so manche Menschen fragen, was der ganze Aufwand für diesen kleinen, recht wirt erscheinenden Haufen der „Russland-Deutschen Konservativen“ denn soll. In der antifaschistischen Gegenmobilisierung Prinzipienreiterei zu vermuten liegt da vielleicht nahe, das Gegenteil ist jedoch der Fall. Der Aufmarschversuch von Nazis am 9. Mai in Friedland ist nicht nur mit der Symbolik von Ort, „Grenzdurchgangslager“ und „Heimkehrerdenkmal“, und Datum, einen Tag nach dem 8. Mai, dem Jahrestag der Befreiung vom Nazifaschismus, aufgeladen, sondern vor allem als Versuch der Nazis zu verstehen, sich in der Region Göttingens wieder einen öffentlichen Ausdruck zu verschaffen. Dies ist in Göttingen selbst 2005 und 2006 dreimal gescheitert, nun wird von Nazi-Seite ein neuer Anlauf unternommen.

red zone offense

Dass Göttingen selbst ein vermeintlich rotes Tuch für Nazis darstellt und ihnen öffentliches Auftreten bereits über Jahre hinweg nahezu unmöglich ist, darf nicht darüber hinwegtäuschen, wie es in der Region um uns herum aussieht. Vor allem im Harz, in Westthüringen und in Südhessen gibt es handlungsfähige Nazi-Strukturen, nicht zu vergessen die Kameradschaftsspektren in Norderhessen, Einbeck und Uslar. Dies alles sind nur nicht wegzuleugnende Schlaglichter von Neofaschismus in dieser Region. Nazi-Skins und gewaltbereite junge Faschisten haben in vielen kleineren Dörfern und Gemeinden ihre Treffpunkte und Cliquen. Die Anti-Nazi-Politik über den Göttinger Tellerrand hinaus zu tragen, bleibt somit ein Dauerprojekt für die Linke in der Region. Dies bedeutet in erster Linie Spielräume für emanzipatorische Politik zu verteidigen, neu zu erschaffen und auszubauen. Der Nazi-Aufmarschversuch in Friedland drückt die fortwährenden Versuche von Nazis rund um Göttingen Fuß zu fassen und sich zu etablieren nur öffentlichkeitswirksam aus. Diese Öffentlichkeit zu nutzen, um unmissverständliche Zeichen antifaschistischer Gegenwehr zu setzen, ist Pflichtaufgabe der Göttinger Linken. Die Kür geht weit über Anti-Nazi-Politik hinaus, fester Bestandteil davon ist und bleibt dennoch dauerhaft gegen rassistische Gewalt und faschistische Hetze sowie die organisierten Nazi-Strukturen vorzugehen – ohne Kompromisse. Ziel bleibt: Kein Nazi-Aufmarsch in Friedland oder anderswo!

Geballte Symbolik

Das „Grenzdurchgangslager“, geplanter Auftaktkundgebungsort der Nazis, und das „Heimkehrerdenkmal“, geplante Abschlusskundgebung der Nazis, scheinen als Kulisse dienen zu sollen, um die Verbrechen und die Barbarei des Nationalsozialismus verhamlosen und relativieren zu wollen. Einen Tag nach dem 8. Mai, der für die Nazis immer eine Niederlage symbolisieren wird, in Friedland zu marschieren, kann kein anderes Ziel vermuten lassen. Denn das Lager in Friedland diente über lange Jahre zwei recht ähnlichen Sorten von „Heimkehrern“ als Auffangbecken: Einerseits Wehrmachtssoldaten, die den Krieg und den NS-Faschismus nach Osteuropa getragen hatten und von dort gnädiger Weise wieder in ihre „Heimat“ zurück geschickt wurden. Andererseits den sogenannten „Blutsdeutschen“, die in Osteuropa deutsche Siedlungsgebiete erst für den Kaiser und dann für den Führer erschlossen hatten, die die NS-Ideologie auch außerhalb der damaligen deutschen Grenzen propagierten und sich aktiv an der Deportation und Vernichtung jüdischer Menschen beteiligten. Das „Heimkehrerdenkmal“ könnte auch „Nazis-kommenheim-ins-Reich-Denkmal“ heißen.

In den Nachkriegsjahren musste sich der Zweck des Friedländer Flüchtlingslagers verschieben. Die Flüchtlinge waren immer seltener am Krieg beteiligt, sondern in erster Linie sogenannte „AussiedlerInnen“, die aus Osteuropa nach Deutschland zogen. Diesen ist keinesfalls vorzuwerfen, dass sie sich in der Hoffnung auf bessere Lebensumstände auf den Weg hierher gemacht haben. Wenn heute irakische Flüchtlinge in Friedland „aufgenommen“ werden, stellt dies zwar eine Veränderung deutscher Flüchtlingspolitik dar, drückt aber lediglich das neue

„deutsche Selbstbewusstsein“ im globalen Machtstreben aus. Denn etwas, ein kleines bisschen Verantwortung für die Opfer des „Anti-Terror-Krieges“ zu übernehmen, ist Folge der aktiven Beteiligung daran und des Anspruchs auf Mitbestimmung bei der Neuverteilung globaler Macht.

Zusatznutzen des Friedländer Lagers ist dabei nun die Fotokulisse für Politiker von grün bis schwarz, da Deutschland „menschlichfreundlich“ und „humanitär“ Flüchtlinge aus Krisenregionen (also z.B. von daher wo Krieg und Hunger herrschen, nicht nur die Finanzkrise) aufnimmt und versorgt. Gleichzeitig ertrinken an den EU-Außengrenzen im Mittelmeer täglich Menschen, weil sie an der Einreise gehindert werden, oder werden aus Deutschland in Hunger, Folter und Tod abgeschoben.

Landkreis Göttingen, Polizei und Friedland gegen Nazis oder Extremismus?

Es herrscht große Aufregung und Nervosität in den Büros und Sitzungsräumen im Göttinger Landkreis. Der geplante Nazi-Aufmarsch macht viel Arbeit und „man hat ja keine Erfahrung mit solchen Problemen“. Auf die Anmeldung des Herrn Kasper könnten die Damen und Herren aus der Verwaltungsbehörde mit Sicherheit gut verzichten. Und wirklich, auch dem Göttinger Kreistag ist zu glauben, dass alle Fraktionen, ob nun rot, grün, rosa, schwarz und gelb (letztere zumindest auf rechtsstaatlicher Ebene) etwas gegen Nazis haben und nicht nur, weil die Arbeit und schlechte Presse machen. Ob die Abgeordneten wirklich versuchen werden, den Nazi-Aufmarsch „mit allen Mitteln verhindern“ zu versuchen, sei aus gutem Grund dahin gestellt. Folgerichtig ist also ein Verbot der Nazi-Veranstaltung und der schwarze Peter wird nun die Gerichten zugeschoben.

Auch Polizeichef Hans Wargel dürfte ernsthaft, was gegen Nazis haben, nicht nur weil er vor den Aufmarschversuchen immer so schlecht schläft und so schnell Kopfschmerzen bekommt. Und so hilft er dem Landkreis fleißig das für die Verbotsbegründung notwendige Bedrohungsszenario zu entwerfen und geht auch im polizeilichen Alltag bisweilen gegen mit Schusswaffen bewaffnete Nazis vor.

Landkreis und Polizei haben jedoch eine fatale Gemeinsamkeit: Sie wollen keinesfalls gegen ihre Pflichten als Organe des Rechtsstaats verstoßen. Unter dem Stichwort „Gegen Extremismus“ droht sogar Pflichtübererfüllung, denn der 29. Oktober 2005 soll sich aus ihrer Sicht keinesfalls auch nur im Ansatz wiederholen. Wie gegen die legitimen antifaschistischen Proteste vorzugehen ist bzw. diese unterbunden werden können, nimmt daher einen Hauptteil der staatlichen Vorbereitung ein. Via Provinzpresse verbreitet Polizeichef Wargel dann auch das Bild von Hunderten gewaltbereiten Linken, die nach Friedland kommen werden, um den eigenen Polizeieinsatz legitimieren zu können. Und so werden Tausende Polizisten Friedland – Göttingen vermutlich auch – in den Ausnahmezustand versetzen. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit werden alle gesetzlichen Mittel und vielleicht sogar noch mehr genutzt, um Antifaschistinnen zu bekämpfen. Damit sind Polizei und Landkreis Göttingen unmittelbar für einen eventuell stattfindenden Nazi-Aufmarsch verantwortlich.

Anders als in Göttingen wird sich das Friedländer Bündnis gegen rechts aus CDU, SPD und Grünen nicht für eine Gleichberechtigung verschiedener Widerstandsformen aussprechen, sondern möglichst unter sich Demokratie und deutschen Staat gegen „Extremisten“ hochleben lassen. Die Stärke, die die Anti-Nazi-Politik in Göttingen entfalten konnte, weil die Nazis als gemeinsamer Gegner betrachtet wurden, wird sich also nicht nach Friedland übertragen lassen.

Gerade diese Konstellation macht es für linksradikale Antifaschistinnen umso nötiger, sich am 9. Mai und im Vorfeld Ausdruck und Gehör zu verschaffen. Wenn deutlich werden soll, dass einmaliges „bunt statt braun“-Bratwurst-Bier im Nichts verpufft und nicht zur Behinderung eines Nazi-Aufmarsches taugt, geschweige denn etwas gegen die Etablierung von Nazi-Ideologien und -Strukturen bringt, dann müssen die eigenen Mittel und Ansätze vermittelt und präsentiert werden. Unsere eigenen Inhalte, wie aktuell die ... ums-Ganze-Kampagne „Staat. Nation. Kapital. Scheiße“ werden wir dabei auf keinen Fall vernachlässigen, sondern als zentrales Moment unserer Politik beibehalten.

Augen auf! Wir bleiben wachsam!

Diese schon bestehenden Verbindungen und die neuerlichen Bestrebungen der NPD-nahen „Russland-deutschen Konservativen“ und dem dazugehörigen „NPD-Arbeitskreis“, Kooperationen mit russischen Nazi-Gruppen knüpfen zu wollen, zeigen einmal mehr, dass es für uns als AntifaschistInnen umso wichtiger wird, auch diese Entwicklungen im Auge zu behalten. Dass Thorsten Heise sich als Vereinsvorstand dabei auffällig nur im Hintergrund hält, ist auf der einen Seite natürlich notwendig für die Außenwirkung des Vereins, kann aber auf der anderen Seite nicht darüber hinweg täuschen, dass es dort – im nahen Eichsfeld – brodelt.

Diese verworren erscheinenden Verknüpfungen, wer mit wem wann und wo zwischen den Gruppierungen in Verbindung tritt, sind nur die eine Seite. Daher kann dieser Recherche-Teil nicht vollständig sein, sondern sollte als weiterer Versuch der Aufklärung begriffen werden.

Eine andere, weitaus gefährlichere Seite ist, dass es – neben Heises Aktivitäten in Fretterode – im vermeintlich stillen Eichsfeld in letzter Zeit häufiger zu Übergriffen auf alternative Jugendliche kam, für die sich selbst als „Autonome Nationalisten mit russlanddeutschen Hintergrund“ bezeichnende Nazis verantwortlich waren. Davon zeugen persönliche Berichte betroffener Menschen und darüber hinaus einige im Eichsfeld verteilte Aufkleber.

Heise, Pamjatniks, russlanddeutsche Nazis und Konsorten am 9. Mai in Friedland keine ruhige Minute! Fretterode, Harz, Northeim, Einbeck, Nordhessen – wir kommen!

Termine rund um Nazis

29. April | 20 Uhr | ZHG 001 | Uni Göttingen
„Weg gegangen, Platz vergangen!“
Vertriebene und andere deutsche „Opfer“
 Diskussionsveranstaltung mit Jörg Kronauer
 (Autor on Konkret und Phase 2)

1. Mai 2009 | Hannover:
Keinen Meter!
Pflichtübung – Naziaufmarsch verhindern!
 Infos und nützliche links unter: <http://www.mai-hannover.de>

6. Mai 2009 | 20 Uhr | UJZ Korn | Kornstraße
 28/30 | Hannover
Kein Frieden mit Deutschland und seinen Nazis!
 Info- und Mobilisierungsveranstaltung zu den Aktivitäten gegen den Nazi-Aufmarsch in Friedland.

8. Mai 2009 | 20 Uhr | Theaterkeller | Geismarlandstraße 19 | Göttingen
... before the action begins: last news
 Info- und Mobilisierungsveranstaltung zu den Aktivitäten gegen den Nazi-Aufmarsch in Friedland.

9. Mai 2009 | 10 Uhr | ab Bahnhof in Friedland
Kein Frieden mit Deutschland und seinen Nazis!
 Antifaschistische Demonstration gegen den Nazi-Aufmarsch der „Russlanddeutschen Konservativen“
 Antifaschistische Aktionen in und um Friedland den ganzen Tag
 Gemeinsame Abfahrt aus Göttingen: per Zug | 9 Uhr 14.



c/o Roter Buchladen · Nikolaikirchhof 7 · 37073 Göttingen
 email: redical@ymail.com

www.redical.org

STAAT. NATION. KAPITAL. SCHEISSE.

GEGEN DIE HERRSCHAFT
DER FALSCHEN FREIHEIT!

Aufruf des »... ums- Ganze!«-Bündnisses

Überall Freiheit?

Das vergleichsweise gute Image der Berliner Republik wirkt plausibel im Kontrast zur staatlichen Vernichtungsmaschinerie des Nationalsozialismus und zum piefigen Sozialismus der DDR. Werden diese noch gleichgesetzt in der Rede von „den zwei deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts“, erscheint die Bundesrepublik tatsächlich als der liberalste Gewaltmonopolist, der jemals deutsche Pässe ausgegeben hat. Doch damit fängt die Arbeit der Kritik erst an. Denn zu kritisieren ist die real existierende Gesellschaftsordnung des demokratischen Nationalstaats. Krisen, Armut und Existenzangst entstehen in demokratischen Staaten nicht durch falsche Politik oder die Gier irgendwelcher Manager, sondern viel grundsätzlicher durch die Art und Weise, wie diese Gesellschaft ihre Menschen organisiert. Dass inmitten staatlich garantierter Freiheit ständig drückende Abhängigkeit und Ohnmacht entstehen, zeugt nicht von schlechter Politik, sondern von den verselbständigten Zwängen der kapitalistischen Produktionsweise, deren Verwaltung seit 200 Jahren Aufgabe der Politik ist. Allgemeine Ohnmacht durch allgemeine Freiheit – das ist das Paradox und Kennzeichen der Welt von Staat und Kapital.

Risiken und Nebenwirkungen der falschen Freiheit

Dass gerade staatlich garantierte Freiheit die Quelle von Unfreiheit und Ohnmacht sein soll, ist erklärungsbedürftig. Schließlich beansprucht der bürgerliche Staat ja gerade, mit seinem allgemeinen Recht die Freiheit jedes Einzelnen mit der Freiheit aller anderen zu versöhnen und so insgesamt größtmögliche Freiheit zu verwirklichen. Die staatliche Garantie allgemeiner Freiheit bewahrt diese »Einzelnen« nicht nur vor unrechtmäßigen Übergriffen. Die allgemeinen Gesetze, das bürgerliche Recht, befreite die Menschen aus persönlicher Herrschaft. Doch unterjocht wurden sie einem viel umfassenderen Zwang: dem unaufhörlichen Zwang zur gesellschaftlichen Konkurrenz als vereinzelt Individuen, dem Zwang zur Selbstverwertung und zur Ausnutzung anderer. Die allgemeinen Gesetze – die des Rechts und die der Warenproduktion – entfalten als unpersönliche Herrschaft einen stummen Zwang, der dem freien Menschen zur zweiten Natur wurde.

Freiheitlich-demokratische Grundordnung und soziale Marktwirtschaft bestätigen vor jeder sozialpolitischen Wohltat zuallererst die gesellschaftliche Konkurrenz der Menschen als Privateigentümer, die auf eigene Rechnung und eigenes Risiko wirtschaften. Gesellschaftlich stiftet die kapitalistische Produktionsweise einen für alle Menschen unmittelbar lebensbestimmenden Zwang, dem sie sich eigenverantwortlich unterwerfen müssen, einen endlosen Zwang zum Selbstzwang. In der Konkurrenz der Lohnabhängigen um Arbeitsplätze, der Unternehmen um Marktanteile und der Standorte um Investitionen verwirklicht sich der kapitalistische Verwertungszwang global als unpersönliches Prinzip gesellschaftlicher Herrschaft. Weil die Menschen nicht nach Bedürfnis und Plan produzieren dürfen, sondern mit ihren jeweiligen Leistungen am Markt als Konkurrenten gegeneinander antreten müssen, bleibt ihre Lebensgrundlage den blinden Marktmechanismen unterworfen. Die gegenwärtige Rezession offenbart das, was immer gilt, in grellen Farben:

Zum 60. Geburtstag: BRD- und Krisenideologie

Aufruf der redical M zur »...ums-Ganze!«- Kampagne gegen das Superjubiläumsjahr 2009

Die Bundesrepublik Deutschland feiert sich 2009 trotz – oder gerade wegen – der Krise als freier deutscher Staat aller Zeiten.

Seien es nun 20 Jahre Mauerfall, 60 Jahre Grundgesetz oder – für die Freunde nationaler Mythen – 2000 Jahre Varusschlacht, Anlässe zum Feiern sind zur Genüge vorhanden. Selbst die Barbarei des Nationalsozialismus wird im deutschen Geschichtsdiskurs als schreckliche, aber wertvolle Lektion gesehen, aus der die BRD als Vergangenheitsbewältigungsweltmeister hervorgegangen ist. Die DDR wird in bester extremismustheoretischer Manier in dieses Geschichtsbild einbezogen, so unfassbar ein Vergleich von miefigem Kleingärtnersozialismus und nationalsozialistischer Vernichtungsmaschinerie auch zunächst scheinen mag. Am Beispiel der „zwei deutschen Diktaturen“ stellt sich die bürgerlich-kapitalistische Demokratie BRD als bestmögliche Form gesellschaftlicher Organisation dar. Gerade in einer Zeit, in der die kapitalistische Gesellschaft durch ihre eigene Logik in eine der schwersten Krisen ihrer Geschichte geraten ist, werden Staat und Nation als Retter in der Not angerufen. Medien, Politik und andere Ideologieproduzenten bringen Deutschland gegen die Schrecken des globalen Finanzkapitalismus in Stellung.

Wir wollen uns dieser Feierstimmung und den Durchhalteparolen entgegenstellen und uns als zumindest ideelle Partycrasher engagieren. Für uns sind Staat und Kapital keine Gegensätze, sondern nur im Team dazu fähig, kapitalistische Drecksverhältnisse am Laufen zu halten. Das, und die Rolle, die Ideologie als Alltagsreligion und Ideologien als Welterklärungsansätze hierin spielen, möchten wir, die Gruppe Redical M, im Rahmen der »...ums-Ganze!«-Kampagne „Staat. Nation. Kapital. Scheiße.“ mit Veranstaltungen und Aktionen entlarven und als Teile des falschen Ganzen angreifen. Wir möchten an dieser Stelle einen kleinen Abriss von unserer Kritik an Krise, Staat und Ideologie bieten.

it's not a mid-life crisis – it's permanent

Krisen sind dem Kapitalismus schon durch seine Funktionsweise eigen. Die vorherrschende Meinung, die in Schule und Uni vertreten wird, geht davon aus, dass sich die Bedürfnisbefriedigung im Kapitalismus über das Prinzip Angebot und Nachfrage regelt. Sobald ein Bedürfnis besteht, treffen sich Anbieter und Interessent und tauschen, über einen Preis vermittelt, Waren. Dass diese Vorstellung gewaltiger Unsinn ist, zeigt die Krise des Kapitalismus, die gerade ins Jubiläumsjahr platzt. Dass der Kapitalismus vielmehr einen anderen Prinzip folgt, scheint in der herrschenden Auffassung nicht von Interesse zu sein. Entscheidend ist nämlich nicht die Bedürfnisbefriedigung der einzelnen Mitglieder der Gesellschaft, sondern, dass aus Geld mehr Geld wird. Dies ist kein moralisches Problem, sondern das Prinzip des Kapitalismus. Dies ist notwendig, um Geld zu reinvestieren, um diesen Kreislauf der Geldvermehrung am Laufen zu halten. Und da die Produzenten von den Produktionsmitteln getrennt sind, kann über die Lohnarbeit Mehrwert (der unbezahlte Teil der Arbeit) abgeschöpft, also dem Prinzip der Kapitalakkumulation gefolgt werden. Die Mitglieder dieser Gesellschaftsform treten sich als Konkurrenten gegenüber.

Die Marktteilnehmer sprechen sich nicht miteinander ab, um die Bedürfnisse der Gesellschaft zu ermitteln und zu befriedigen, sondern versuchen als Konkurrenten möglichst viel Gewinn zu erwirtschaften. Es besteht die Möglichkeit, dass einige Waren nicht von Interesse sind und die vernutzte Arbeitskraft verpufft und der erwartete Gewinn, der für das Weiterbestehen in der Konkurrenz überlebenswichtig ist, ausbleibt. Dies ist nur eine der Krisentendenzen des Kapitalismus. Die Ersetzung von Arbeitskraft durch Maschinen ist die gängige kapitalistische Methode, die Gewinne zu sichern und zu erhöhen. Problematisch wird diese Entwicklung, wenn nicht mehr genügend Arbeitskraft vorhanden ist, um Mehrwert abzuschöpfen. Diese Entwicklung zeichnete sich seit den 1970ern ab.

Das ungenutzte Kapital, das in dieser Zeit nicht mehr in der Produktionssphäre genutzt wurde, wurde daraufhin vermehrt in den Finanzmärkten eingesetzt. Dort entwickelte sich eine Blase, da mit den gesteigerten Investitionen keine größere Ausweitung der Produktion einherging, das Kapital wurde also nicht in reale Produktion investiert. Um Missverständnisse zu vermeiden: Finanzmärkte und reale Produktion gehören zusammen. Ohne die Kredite der Finanzinstitute ist kapitalistisches Wirtschaften nicht möglich, da sie die Kredite finanzieren, die der Unternehmer braucht, um zu investieren. Das Entscheidende ist also die Art, wie im Kapitalismus produziert wird. Dies hat nichts mit moralischer Verfehlung noch mit den Finanzmärkten als solche zu tun.



Staat hau ab!

Der Alltagswahrnehmung stellt sich die Krise im Wesentlichen als moralische Verfehlung einzelner Finanzkapitalisten dar. Die daraus erfolgende Konsequenz: Der Staat soll als Kontrollinstanz diese unschönen Auswüchse des Kapitalismus einschränken und so die Krise abwenden. Wie die einzelnen BürgerInnen auf diesen Krisenprozess reagieren, ist jedoch nicht von vornherein ausgemacht. Zu welchen Lösungswegen das bürgerliche Subjekt in dieser Situation greift, wollen wir mit euch und unserem Referenten Justin Monday diskutieren. Vielfach wird der Staat als Gegenspieler der Wirtschaft und somit als außerkapitalistische Instanz wahrgenommen. Es zeigt sich jedoch nicht nur, dass die gegenwärtige Krise in der Logik der kapitalistischen Vergesellschaftung selbst angelegt ist, sondern ebenso, dass Staat und Ökonomie sich einander bedingende Seiten derselben Schrottmedaille sind. Die staatliche Garantie von allgemeiner Freiheit, Gleichheit und Privateigentum befreite die Menschen zwar aus persönlichen Herrschaftsstrukturen wie etwa der des Feudalismus. Doch mit diesen Prinzipien des bürgerlichen Staates tritt ein anderes umfassendes Herrschaftsverhältnis auf:

Der unaufhörliche Zwang zur gesellschaftlichen Konkurrenz als vereinzelt Individuen und zur Selbstverwertung und zur Ausnutzung anderer. Die allgemeinen Gesetze – die des Rechts und die der Warenproduktion – entfalten diesen stummen Zwang als unpersönliche Herrschaft und geben der kapitalistischen Vergesellschaftung ihre politische Form. Das bürgerliche Individuum tritt im Kapitalismus als vereinzelt Privatproduzent auf den Markt, der seine Ware namens Arbeitskraft anbietet. Weil das, bis auf wenige, alle tun müssen, um leben zu können, bedarf es einer Instanz, die die Gleichheit und Freiheit des Tausches – durch legitimierte Gewalt – gewährleistet. Dies verfestigt der Staat mit seinen bürgerlichem Recht.

Der moderne bürgerliche Staat ist immer national organisiert. Als Steuerstaat, der auf das Wirtschaften seiner BürgerInnen angewiesen ist, ist diesem auch materiell daran gelegen, dass es ihnen gut geht. Denn je höher die Einnahmen der BürgerInnen, je besser der Laden am Laufen gehalten wird, desto mehr Geldmittel hat der Staat unter der Voraussetzung der Staatenkonkurrenz zur Verfügung. Die Geldmittel benötigt der bürgerliche Staat vor allem, um die Infrastruktur für sein nationales Kapital in Form der hier ansässigen Unternehmen zu gewährleisten und zu verbessern. Er ist mitnichten Staat der Kapitalisten, durchaus jedoch Staat des Kapitals. Als ideeller Gesamtkapitalist dient sein Regelwerk und seine Praxis neben der täglich durchgesetzten und verinnerlichten

Konkurrenz der Individuen auch dazu, dass dieses Prinzip nicht den gesellschaftlichen Zusammenhang gefährdet. So stellt sich der Staat, wie in der gegenwärtigen Krise – etwa mittels Enteignungen – über den Markt, um ihn wieder herzustellen, nicht um seine Akteure zu bevorzugen. Der bürgerliche Nationalstaat ist also nicht im Geringsten ein Gegenspieler des Weltmarktes, sondern die Voraussetzung für sein Funktionieren. Freiheit und Gleichheit treten in der beschissenen Realität des kapitalistisch vergesellschafteten Alltags als Zwang zur Konkurrenz und soziale Ungleichheit hervor. Das kann in manchen Ländern eine Gängelung durch staatliche Institutionen und in Regionen der Peripherie den Hungertod bedeuten.

Die Gruppen des »...ums Ganze!«-Bündnisses möchten mit ihrer soeben erschienen Broschüre, »Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit« die Grundprinzipien des bürgerlichen Staats darstellen. Hierzu wird bald mehr folgen. Am 27. Mai wird Thomas Ebermann über bürgerliche Freiheit und Gleichheit sowie ihre historische Einordnung in die Geschichte Deutschlands referieren.

Nix da, Ende der Ideologie(n)!

Wenn heute allgemein von Ideologie geredet wird, bezieht sich dieser Begriff zumeist auf eine Meinung oder einen Standpunkt in einer (politischen) Diskussion, um denjenigen oder diejenige als Phantast und als realitätsfern zu outen. Unter Ideologien werden aber auch Welterklärungsansätze gefasst, die sich durch Stringenz und Universalismus auszeichnen. Was alles als ideologisch gilt, wird heutzutage durch die vermeintlich neutrale Sicht der Wissenschaften und der politischen Form verfestigt.

Das Zeitalter ideologischen Denkens und Handelns schien nach dem Ende des Kalten Krieges passé. Doch Nationalismus, Antisemitismus und andere Ideologieförmungen haben nichts von ihrer materiellen Gewalt gegenüber den Menschen eingebüßt. Ganz im Gegenteil, je mehr sie zu Grabe getragen werden sollen, umso härter schlagen sie zurück und verdeutlichen, dass das Gerede vom Ende der Ideologien selbst bürgerliche Ideologie ist. Wir fassen bürgerliche Ideologie als Alltagsreligion auf und verstehen darunter die spezifischen Formen

des Denkens und Handelns, die das bürgerliche Subjekt als Akteur im Kapitalismus von Kindesbeinen an erlernt und selbst hervorbringt. Ideologie als Alltagsreligion bestimmt sich dadurch, dass eigentlich originär gesellschaftliche Verhältnisse gemäß der kapitalistischen Struktur unvermeidlich objektive, verdinglichte Formen annehmen. Dies gilt für den Zwang, Lohnarbeit zu verrichten ebenso wie für die naturalisierten sexistischen Geschlechterverhältnisse (sie entstammen zwar nicht der kapitalistischen Gesellschaft, nehmen aber in ihm eine besondere Form an) oder der Anrufung des bürgerlichen Staats als neutraler Schiedsrichter während Krisen. Besonders die materielle Gewalt, die von der Sachzwangargumentation ausgeht, macht deutlich, dass es sich dabei nicht einfach um falsches Denken handelt, sondern um eine »objektive Gedankenform« mit materieller Gewalt, die Gesellschaft strukturiert und wiederum von Gesellschaft strukturiert wird. So scheint es gesellschaftlich plausibel zu sein, für eine elende Zwangsgemeinschaft wie den Nationalstaat noch mehr individuelle Bedürfnisbefriedigung zurückzustecken oder aufzugeben – »den Gürtel enger schnallen« – oder die »Gebärleistung und -freude« dem demografischen »Volks-Faktor« anzugleichen. Dabei speisen sich Ideologien wie Nationalismus und Antisemitismus auch aus vorbürgerlichen Momenten wie Mythen, Kultur, Erzählungen, Codes usw. Die Kosten-Nutzenrechnung der politischen Ökonomie macht jedoch im Kapitalismus vor nichts und niemandem halt. Und als dynamischer gesellschaftlicher Prozess ist der Kapitalismus auch imstande, primordiale (vorbürgerliche) Momente weitestgehend zu integrieren. Es gilt, diesen fetischisierten Verhältnissen den Mittelfinger zu zeigen und ideologiekritisch eine gesellschaftliche Praxis zu entwickeln, die unabhängig von Staat, Nation und Kapital die gesellschaftliche Bedürfnisbefriedigung aller Menschen (weltweit) im Sinn hat.

Um einer ideologiekritischen, kommunistischen Kritik einen weiteren Feinschliff zu verpassen, wollen wir mit Heinz Gess (Kritiknetz, Professor in Bielefeld) und auch am 19. Mai im T-Keller über die Grundlagen von Ideologien im Allgemeinen und der Alltagsreligion im Speziellen diskutieren.

So ... watch out!

Termine „Staat. Nation. Kapital. Scheisse.“

30. April 2009 | 19 Uhr | Hörsaal E001 der Leibniz Universität Hannover

„Andere Liga, gleicher Sport“

Von demokratischem Nationalismus und faschistischer Ideologie

Podiumsdiskussion mit Gruppe T.O.P. B3rlin (Theorie.Organisation.Praxis), Freerk Huiskens (Professor für Politologie und Pädagogik an der Universität Bremen), Bernard Schmid (Jurist und freier Journalist) und Justin Monday (u.a. Autor in Phase 2)

19. Mai 2009 | 20 Uhr | Theaterkeller | Geismarlandstraße 19 | Göttingen

„Wer braucht schon Ideologie? –

Einführung in einen oft benutzten aber nur selten verstandenen Begriff“

Diskussionsveranstaltung mit Prof. Dr. Heinz Gess

(u.a. Hrsg. von www.kritiknetz.de und Dozent an der FH Bielefeld)

23. Mai 2009 | 18 Uhr | Rosa-Luxemburg-Platz | Berlin

„Etwas Besseres als die Nation! Gegen die Herrschaft der falschen Freiheit!“

Bundesweite Demonstration im Rahmen der ... ums Ganze!-Kampagne

Mehr Infos dazu demnächst unter: <http://www.einheit-und-freiheit.de>

27. Mai 2009 | 20 Uhr | DGB-Haus | Obere Masch 10 | Göttingen

„Die freieste Versuchung seit es Deutschland gibt? – Zur bürgerlichen Freiheit und Gleichheit“

Diskussionsveranstaltung mit Thomas Ebermann (u.a. Autor in Konkret)

3. Juni 2009 | 20 Uhr | DGB-Haus | Obere Masch 10 | Göttingen

Das Subjekt in der Krise. „Das macht was mit Dir und mir“

Diskussionsveranstaltung mit Justin Monday (u.a. Autor in Phase 2)

16. Mai 2009 | 15 Uhr | Detmold

Demonstration: „Der Nation das Herz brechen“

Gegen die Ausstellung »IMPERIUM KONFLIKT MYTHOS. 2000 Jahre Varusschlacht«

in Kalkriese, Haltern am See und Detmold

17. Juni 2009 | Köln

„Stauffenberg – »Sinnstifter« der deutschen Nation?“

Veranstaltung mit NevergoinHome (Berlin) und Autonome Antifa [F] (Frankfurt a. Main)

Weitere Informationen zur Kampagne unter:

www.einheit-und-freiheit.de

Homepage des »... ums Ganze!«-Bündnisses:

www.umsganze.de

Krisen sind im Kapitalismus keine Betriebsunfälle, sondern ein wiederkehrender Effekt der privaten Konkurrenz, in denen sich diese Gesellschaftsordnung erneuert.

Nationale Schicksalsgemeinschaft

Die globale Konkurrenz trifft die ökonomischen Subjekte nicht unvermittelt. Konkurrenzchancen sind von Erfolg oder Misserfolg der nationalen Reichtumsproduktion in der Weltmarktkonkurrenz abhängig. Denn im unbestechlichen Weltmarktvergleich der Leistungen und Potentiale eines Standorts entscheidet sich täglich aufs Neue, ob und in welchem Umfang dieser auch zukünftig als Verwertungszones des Kapitals in Frage kommt. Bevölkerung und Staat bilden damit eine reale nationalökonomische Gemeinschaft in der Weltmarktkonkurrenz. Gefühl und Gewissheit nationaler Zusammengehörigkeit sind also keine bloßen Hirngespinnste. Sie sind Ausdruck der ganz realen Abhängigkeit des Individuums vom ökonomischen Schicksal »seines« Staates.

Gegen die wiederkehrenden Bedrohungslagen gesellschaftlicher Konkurrenz entwickelt sich die Ideologie nationaler Schicksalsgemeinschaft klassenübergreifend als vermeintlich völpolitische und außerökonomische Anspruchsgrundlage auf Solidarität und staatliche Fürsorge in der Not. Paradox ist dieser Impuls, weil der Staat die Rahmenbedingungen der Konkurrenz sichert und zugleich das Gegengift zum Konkurrenzzwang liefern soll. Im nationalen Appell ans gemeinsame Schicksal soll der Staat genau das gewährleisten, was seine Gesellschaftsordnung ständig in Frage stellt: ein Leben ohne Angst und Mangel.

Nationale Identitätsarbeit

Die strukturellen Bedrohungen des verstaatlichten Individuums spiegeln sich in versichernden Imaginationen kollektiver Identität wider. Als Substanz nationaler Einheit wird ein selbstverständlicher, ursprünglicher Zusammenhalt vorgestellt. Für das nationale Identitätsbegehren ist es zweitrangig, wie dieser Zusammenhalt inhaltlich begründet wird, ob in natürlicher Anlage, Kultur und Geschichte, oder in einem völlig diffusen »Gefühl« und ironisch gebrochen. Entscheidend ist der ideologische Ertrag der nationalen Identitätsarbeit: der Anspruch und die Gewissheit unverbrüchlicher Zusammengehörigkeit. In wiederkehrenden Ritualen nationaler Kommunion (von Nationalfeiertagen bis zu Fußballländerspielen) inszeniert und genießt sich diese Gewissheit und befriedigt die Sehnsucht nach schützender Identität. Deshalb ist dieser vitalen Imagination mit Einsicht kaum beizukommen, deshalb auch ist es beinahe egal, welches »Kulturerbe« als nationale Referenz geltend gemacht wird, ob Otto der Große, Volkswagen oder Graf Stauffenberg. Entscheidend ist die ideelle Überwindung der realen gesellschaftlichen Spaltung.

Die gegenwärtige Rede von den »Herausforderungen der Globalisierung« ist der Imperativ, der zur ständigen Selbstaktivierung der nationalen Gemeinschaft aufruft. Jedem droht jederzeit das Urteil der Untauglichkeit fürs nationale Projekt. Je brüchiger der tatsächliche Zusammenhalt, desto dringlicher wird die Rückversicherung auf die nationale Identität und desto gnadenloser der Hass auf die, die dem nationale Fortkommen im Weg stehen.

Etwas besseres als die Nation

Die Unsicherheit und Verzweiflung, die die kapitalistische Konkurrenz tagedein tagaus produziert, und die stumpfen, armseligen Entschädigungen, die sie bietet, lassen nur einen Schluss zu: Es lohnt sich nicht, die Welt von Staat und Kapital zu reformieren. Das Ding ist verkorkst. Wo die Grundlage der Gesellschaft, die Produktion des gesellschaftlichen Reichtums, als feindliche Konkurrenz der Privateigentümer und der Standorte organisiert ist, erscheinen Leistungszwang, Hierarchie und nationale Identität als naturwüchsige Bestimmungen des Menschen. In Wahrheit aber sind sie nur Ausdruck der systemischen Zwänge kapitalistischer Verwertung. Nichts garantiert, dass diese Zwänge jemals durchbrochen werden. Doch was sich da gegen die Menschen selbstständig, bleibt Menschenwerk. Es kann durch eine Ordnung überwunden werden, in der private und nationale Konkurrenz keinen Sinn mehr haben, weil der gesellschaftliche Reichtum solidarisch erarbeitet wird.

Das schöne Leben ist nur gegen die herrschende Gesellschaftsordnung zu verwirklichen, gegen den Verwertungszwang des Kapitals und gegen den Staat, der die falsche Freiheit garantiert und das allgemeine Glück verhindert. Die Freiheit, die wir meinen, heißt Kommunismus.